

# Jugend & Familie

Ausgabe Oktober 2009 / Nr. 10

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich

## Zur Plakatkampagne «Da ist wahrscheinlich kein Gott»:

### Einige Klarstellungen

Liebe Leserin,  
lieber Leser



Die atheistische «Freidenker Vereinigung der Schweiz» (FVS) will vom 26. Oktober bis 6. November in der Deutschschweiz rund 250 Plakate mit dem Text «*Da ist wahrscheinlich kein Gott. Also sorg Dich nicht und leb das Leben*» aufhängen. Entsprechende Aktionen sind auf Busplakaten in London bereits vergangenes Frühjahr gelaufen. Umgekehrt wurde eine solche Kampagne im österreichischen Graz im Juni 2009 verboten.

Vordenker der aus Grossbritannien kommenden Kampagne ist der britische Atheist Richard Dawkins. Seine Bewegung – die «Brights» – richtet sich mit vermeintlich «wissenschaftlichen» Argumenten gegen die Existenz Gottes. Dabei wird immer betont, dass es «*wahrscheinlich*» oder «*höchstwahrscheinlich*» («almost certainly») keinen Gott gebe. Begegnet wird damit der Schöpfungslehre, bzw. der Lehre vom «Intelligent Design». Diese besagt, dass die Entstehung des Kosmos

und des Lebens viel zu komplex sei, um auf dem reinen Zufallsprinzip der Evolutionslehre zu beruhen.

Die wissenschaftlich konklusive Aussage, dass es definitiv keinen Gott gebe, wird von den Freidenkern also vermieden. Die Rede ist von «wahrscheinlich». Kurz gesagt: Die atheistischen Theorien entlarven sich damit als das, was sie tatsächlich sind, nämlich reine Hypothesen. Denn dass es Gott «wahrscheinlich» nicht gibt, hat vor 50 Jahren schon der atheistische Philosoph Bertrand Russel zu «beweisen» versucht – und ist daran gescheitert.

Wir sollten die Plakatfrage deshalb mit einer gewissen Unaufgeregtheit angehen, denn letztlich handelt es sich nur um eine gute PR-Aktion der Atheisten.

Viel verhängnisvoller allerdings ist der zweite Teil der Plakataktion der Freidenker, nämlich die hedonistische Aussage: «*Kein Gott – also sorg Dich nicht und leb das Leben*».

Trotz Konsumtempeln und einer permissiven «Alles ist erlaubt»-Moral haben wir in unserem Land jährlich nämlich 63'000 Suizidversuche.



Es ist eben gerade umgekehrt, als es uns die Atheisten in ihren Plakaten glauben machen wollen. Gerade die christliche Frohbotschaft mit ihren klaren moralischen Werten und Vorgaben bringt uns Sicherheit, Geborgenheit und Lebensfreude. Werte wie eheliche Treue und Bindung, Liebe und Achtung des Nächsten, gelebte Solidarität – all dies kommt tausendfach zu uns zurück und bereichert unser eigenes Leben in unermesslicher Weise.

Statt uns über die Plakate der Atheisten aufzuregen, sollten wir diese Botschaft der zutiefst christlichen Lebensfreude täglich aufs Neue weitergeben. Sie wird die klägliche, parawissenschaftliche Argumentation der Freidenker ins Nichts auflösen.

Im Gegenteil: Gäbe es keinen Gott, so wäre genau dies Grund zu grösster Sorge und Verzweiflung. Von echter Lebensfreude keine Rede mehr, höchstens noch oberflächlicher Konsum und Genuss...

Mit frohem christlichem Gruss

Käthi Kaufmann-Eggler

Präsidentin der Arbeitsgruppe



Atheistische  
Propagandaplakate

# Der gefährliche Verlust der Moral

**Seit einigen Wochen ist es wieder einmal soweit: Mitte Juni starteten das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und die Aids-Hilfe Schweiz (AHS) eine neue Runde der alljährlichen Aids-«Aufklärungskampagne». Im Mittelpunkt stand diesmal der sogenannte «schnelle Sex». Thema: «Gings zu schnell um an Gummi zu denken?»**

Das Schema zog sich den ganzen Sommer über hin. Im Fernsehen wurden ganz kurze, nur sekundenlange Werbespots gezeigt: Ein wildfremder Mann und eine Frau oder (selbstverständlich!) zwei Männer begegnen sich zwei, drei Sekunden lang im Tram, am Strand oder beim Tennis und haben schon einen Augenblick später miteinander Sex. Prägnanterweise lief das Ganze beim BAG unter der Rubrik «Prävention der Gesamtbevölkerung».

## Prävention der Gesamtbevölkerung?

Konkret haben wir uns das typische Sexualverhalten der Schweizer Bevölkerung aus der Sicht des Eidgenössischen Bundesamtes für Gesundheit demnach etwa so wie bei den Affen im Tierreich vorzustellen. Man begafft sich kurz und bespringt sich anschliessend kurzerhand (und vergisst dabei das Präservativ).

Tatsächlich dürfte der Anteil der Bevölkerung, der sich so verhält, bei nahezu null liegen. Die Hauptrisikogruppen in Bezug auf Aids sind ganz klar identifiziert: Es sind gemäss der eben veröffentlichten, vom BAG selbst in Auftrag gegebenen Studie von Prof. Rolf Rosenbrock (Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung) nämlich Männer mit (auch nur gelegentlichen) homosexuellen Kontakten und Migranten (vorab aus dem südlichen Afrika).

## Staatliche Legitimierung einer permissiven Sexualmoral

Wenn uns das Bundesamt für Gesundheit auf grossflächigen und vom Steuerzahler finanzierten Plakaten weismachen will, die Schweizer seien ein Volk von Sexfanatikern, die sich gegenseitig wild bespringen und perverse Sexualpraktiken betreiben, so muss dies deshalb einen anderen Grund haben. Es geht um die staatliche Legitimierung (und Förderung) einer wertfreien Sexualmoral, wo alles erlaubt ist und keine moralischen Bindungen mehr bestehen.

Die ideologisierten Beamten des BAG sind sich dieser Konstellation völlig bewusst. Sie selber schreiben im Strategiekonzept zur «Love Life – Stop Aids»-Kampagne: «Wer mit erhobenem Zeigefinger versucht, Handlungsanweisungen zu geben, stösst vermehrt auf taube Ohren.» Tatsächlich jedoch besteht auch in vielen anderen Bereichen – Alkoholkonsum, Tabakkonsum, Verkehrssicherheit – eine gesellschaftliche Tendenz zu gesundheitsschädigendem Verhalten.

In keinem einzigen dieser Bereiche denkt der Staat daran, sich aus der Verantwortung zu verabschieden und gesundheitsschädigendes Verhalten als «normal» zu akzeptieren. Im Gegenteil: Kampagnen gegen Alkohol werden intensiviert, das Rauchen wird zunehmend

verboten. Im Verkehrsbereich wird drakonisch gebüsst. Einzig im Bereich der Sexualmoral können die alten 68er des BAG einfach nicht über ihren ideologischen Schatten springen.

## Zerstörung der Familien

Und die Auswirkungen sind schwerwiegend. Mit seinen mittlerweile jahrelangen und grossflächigen Kampagnen für eine permissive Sexualität leistet der Staat nämlich einen aktiven und nicht zu unterschätzenden Beitrag an die Zerstörung der Familie. Damit untergräbt er sein eigenes Fundament.

Die Familie, nicht das Individuum ist die Keimzelle des Staates. Im Zentrum steht dabei eine auf Dauer angelegte und auf ehelicher Treue basierende Beziehung von Mann und Frau mit Kindern. Der Staat müsste deshalb – auch im Sinne der Zukunftssicherung – ein Interesse an solchen intakten Familien mit Kindern haben.

Die Wirklichkeit heute sieht anders aus. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten – ganz abgesehen vom Leid der Kinder – sind unermesslich.

## Allgegenwärtige Versuchungen

Anfangs September 2009 veröffentlichte das Bundesamt für Statistik eine interessante Studie mit dem Titel «Demografisches Verhalten der Familien in der Schweiz, 1970–2008». Sie gibt einen Überblick über die Entwicklung der Familie. Unter anderem sieht man, dass die Scheidungszahlen zwischen 1970 und 2008 von 13 Prozent auf 48 Prozent gestiegen sind. Jede zweite Ehe wird heute wieder geschieden.

Die Gründe für diese Scheidungszahlen sind vielfältig: Wirtschaftliche und finanzielle Probleme sind ein häufiger Scheidungsgrund. Ein ganz wichtiger Grund jedoch ist auch das Umfeld: Ehepartner fühlen sich eingeengt, nicht zuletzt in den sexuellen Beziehungen.

Die Versuchung des «Alles ist erlaubt» ist allgegenwärtig. Eheliche Treue ist schlicht «out». «Bim Sitesprung im Minimum en Gummi drum» lautete vor einigen Jahren der Slogan der staatlichen Aids-«Aufklärungskampagne». Wer den Seitensprung nicht macht, ist ja blöd – am besten wie in den diesjährigen Werbespots des BAG als «Quicky» mit einem völlig Fremden. Das erhöht die Spannung.

## Wir müssen uns wehren!

Die Zukunft unserer lieben Schweiz wird damit oeffährdet. Mit dem staatlich

## Nationalfonds auf Abwegen

HIV-Positive, die über ungeschützte sexuelle Kontakte die Ansteckung eines anderen Menschen riskieren und so dessen Erkrankung an Aids in Kauf nehmen, machen sich aufgrund der Strafgesetzbuch-Artikel 122 ff. (Körperverletzung) und 231 (Verbreitung gefährlicher Krankheiten) strafbar. Konsequenterweise kam es über die letzten Jahre zu einer beträchtlichen Anzahl von Verurteilungen. Schwulen- und Aidsorganisationen kritisieren diese korrekte Gerichtspraxis schon seit Längerem als «Diskriminierung» HIV-Positiver.

Mit finanzieller Unterstützung des Nationalfonds durften die bei-

den Hochschuldozenten Kurt Pärli (Zürich) und Peter Mösch Payot (Luzern) jetzt eine Untersuchung der entsprechenden Gerichtspraxis durchführen. Sie kommen darin zum Schluss, dass Artikel 231 StGB zu streichen sei.

Die bewusste Übertragung ansteckender Krankheiten wäre dann straflos (!). Angesichts der gegenwärtigen Bedrohungslage durch hoch ansteckende Viren zweifellos ein äusserst sinnvoller Vorschlag... Erstaunlich ist auf jeden Fall, dass derartige Quatsch auch noch vom Nationalfonds auf Kosten des Steuerzahlers finanziert wird.



Mit perversen Plakataktionen betreibt das Eidgenössische Bundesamt für Gesundheit auf Kosten des Steuerzahlers Aids- «Aufklärung».

geförderten Zerfall der Sexualmoral und der damit verbundenen Zerrüttung der Familie wird das Fundament unseres Landes unterminiert. Wir alle unterliegen der Tendenz, die staatlichen Aids-Plakate mit einem Schulterzucken hinzunehmen und weiterzugehen. Das darf nicht sein. Wir sind es nicht nur unserem Gewissen, sondern

auch der Gesellschaft schuldig, uns gegen derartige staatliche Entgleisungen zu wehren.

**Es lohnt sich, für eine Ehe zu kämpfen!**

Nur wenn das Bewusstsein wieder stärker verbreitet wird, dass es sich lohnt, für eine Ehe zu kämpfen, wird es mit

den Familien in unserem Land wieder aufwärts gehen. Der Staat täte gut daran, Ehe und Treue auch in seinen Kampagnen zu fördern, statt unter dem Label einer nicht identifizierbaren «Prävention der Gesamtbevölkerung» permissives Sexualverhalten zu propagieren.  
Celsa Brunner

**Wir dürfen nicht aufgeben!**

**Wir dürfen nicht einfach hinnehmen, dass das Eidg. Bundesamt für Gesundheit unter dem Deckmantel der Aids-«Aufklärung» den Zerfall von Ehe und Familie mit Steuermitteln aktiv fördert.**

**Bitte unterschreiben Sie die beiliegende Protestkarte!**

**Kurzmeldungen**

**Raschere Scheidungen**

Scheidungswillige Ehepaare können künftig rascher geschieden werden. Der Nationalrat hat am 23. September letzte Differenzen bei der Teilrevision des Scheidungsrechtes ausgeräumt. Künftig wird auf die zweimonatige obligatorische Bedenkfrist bei Scheidungsverfahren auf gemeinsames Begehren verzichtet. Hat ein Richter Zweifel am Scheidungswillen des einen Partners, kann er immer noch mehrere Anhörungen anberaumen. (sda)

**Strafgesetz-Artikel gegen Genitalverstümmelung**

Die Schweiz soll die Genitalverstümmelung an Mädchen nicht weiter dulden. Ein auf eine parlamentarische Initiative der SP hin geschaffener neuer Artikel im Strafgesetzbuch findet in der Vernehmlassung weitherum Zustimmung. Einigen geht er aber zu wenig weit. Verabschiedet das Parlament den neuen Artikel, wird die Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen unter Strafe gestellt, selbst wenn sie im Ausland vorgenommen wurde und dort nicht strafbar ist. Die Strafandrohung geht bis hin zu zehn Jahren Freiheitsentzug, die Verfolgung

Die Parteien unterstützen den neuen Artikel. Die Rechtskommission des Nationalrates verabschiedete ihn einstimmig. Die FDP bemängelt indessen, der Artikel löse das Problem nicht und habe einen eher deklamatorischen Charakter. Die SVP fordert zusätzlich ein Mindeststrafmass von einem Jahr. Sie will jedoch, dass nur in der Schweiz begangene Verstümmelungen auch in der Schweiz strafbar sind. Für die SP und die Grünen ist der Artikel notwendig. Beide Parteien kritisieren, dass die Strafandrohung nicht gelten soll, wenn das Opfer

zur Zeit der Verstümmelung volljährig war und ihr zustimmte. Die betroffenen Frauen seien in ihren Entscheiden wohl wenig frei. Für die SP müsste die Verfolgungsverjährung auf das 33. Altersjahr des Opfers heraufgesetzt werden. Der Kinderschutz Schweiz verlangt ein Totalverbot der Genitalverstümmelungen und stützt die Forderung auf die Menschenrechte. Die Begrenzung des Verbots auf Unmündige sei ungerechtfertigt. Diese Begrenzung sei nur eingeführt worden, damit Piercings und Tätowierungen im Intimbereich nicht

**Nachbestellungen unserer Jubiläumsbroschüre:**

Vergangenen Mai haben wir zum 25-Jahr-Jubiläum unserer Arbeitsgruppe «Jugend und Familie» eine kleine Jubiläumsbroschüre veröffentlicht, welche unsere Ziele und unsere Arbeit etwas näher vorstellt. Aufgrund der grossen Nachfrage haben wir nun einen Nachdruck veranlasst. Falls Sie unsere Broschüre gern weiterverteilen möchten, können Sie deshalb gratis weitere Exemplare bestellen.

Ich bestelle ..... Expl. der Broschüre «Familie heisst Zukunft» – 25 Jahre Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»

Name/Vorname.....  
Strasse .....  
PLZ/Ort .....

Talon bitte einsenden an: Jugend und Familie  
Postfach 4053 8021 Zürich

strafrechtlich verfolgt werden müssten. Wie die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen plädieren auch die Frauenorganisationen für das Totalverbot. Ihre Dachorganisation, Alliance F. fordert zudem mehr Mittel für Prävention und Information. Zudem verlangt sie eine Meldepflicht für Ärzte und nicht wie im Artikel vorgesehen bloss die Möglichkeit dazu. Der Schweizerische Katholische Frauenbund dagegen hält nichts von der Meldepflicht. Sie könnte betroffene Frauen und Mädchen vom Arztbesuch abhalten und deren Gesundheit so erst recht gefährden. (sda)

### 3,7 Milliarden Franken für Ergänzungsleistungen

Die AHV und die IV haben im letzten Jahr 3,7 Milliarden Franken an Ergänzungsleistungen ausgerichtet. Das sind 13,6 Prozent mehr als 2007, wie aus den jüngsten Statistiken des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) hervorgeht. Im Jahr 2008 trat das total revidierte Gesetz über die Ergänzungsleistungen (EL) in Kraft. Damit wurde die EL-Begrenzung bei einem Heimaufenthalt aufgehoben. Dies ist laut BSV die Hauptursache für den starken Anstieg der EL-Ausgaben. Ergänzungsleistungen werden an Personen mit einer AHV- oder IV-Rente ausgerichtet, wenn sie in der Schweiz wohnen und ihr Einkommen die minimalen Lebenskosten nicht decken kann. Ende 2008 bezogen 263'700 Personen eine EL, das sind rund 16 Prozent aller Rentner und Rentnerinnen. (sda)

### Standesinitiative gegen «Killerspiele»

Der Kanton St. Gallen verlangt vom Bund in einer Standesinitiative, gewaltverherrlichende Spiele schweizweit zu verbieten. Kantonale Alleingänge seien nicht sinnvoll. Zudem sollen Prüfstellen geschaffen werden, welche die Eignung von Spielprogrammen für Kinder und Jugendliche prüfen. Eine ähnliche Stan-

## Gebetsanliegen des Monats

### Wir beten:

- Für einen Vater von sechs Kindern, der kürzlich nach langer Krankheit seine Frau verloren hat: dass er immer wieder Kraft und Unterstützung findet – im Glauben und bei seinen Mitmenschen.
- Für eine fünffache Mutter im Kanton St. Gallen, dass ihr die von uns geschenkten Erholungstage neue Kraft geben für ihren nicht immer ganz leichten Alltag, und dass sich die Krankheit ihres Mannes bessert.
- Für eine Mutter von fünf Schulkindern im Kanton Aargau, dass sie ihre schwierige Rückenoperation und die anschliessende Reha gut übersteht und endlich wieder schmerzfrei all ihre Aufgaben erfüllen kann.

desinitiative hat auch der Kanton Bern eingereicht. (sda)

### Haushalt und Familie

Frauen arbeiten nach wie vor deutlich mehr im Haushalt und in der Familie als Männer. Ihr häusliches Engagement hat aber seit 1997 etwas abgenommen. Dafür arbeiten vor allem Väter mit Kindern mehr im Haus. Dies geht aus einer Studie des Bundesamtes für Statistik hervor. Der durchschnittliche Zeitaufwand von Frauen für Haus- und Familienarbeit ging von 1997 bis 2007 von 31,4 auf 30 Stunden pro Woche zurück. Bei Männern stieg er im gleichen Zeitraum von 15,7 auf 18,1 Wochenstunden. Frauen und Männer leisten zusammen mit 48,1 Wochenstunden eine Stunde mehr Haus- und Familienarbeit als vor 10 Jahren. Frauen zwischen 30 und 40 Jahren leisten mit durchschnittlich 45 Wochenstunden rund doppelt so viel Haus- und Familienarbeit wie Männer (20 bis 25 Wochenstunden). Am grössten ist das zeitliche Engagement erwartungsgemäss in Familienhaushalten mit Kindern, de-

ren jüngstes weniger als sieben Jahre alt ist. Frauen leisten in dieser Zeit fast 60 Wochenstunden Haus- und Familienarbeit. Väter in dieser Familiensituation arbeiten etwa 31,5 Stunden pro Woche zu Hause, 7,2 Stunden mehr als 1997. 1997 war knapp die Hälfte der Frauen mit Kindern unter sieben Jahren gar nicht erwerbstätig, jetzt ist es nur noch etwa ein Drittel. Der Anteil der vollzeitlich tätigen Väter mit kleinen Kindern ging von 1997 bis 2007 von 95 auf 91 Prozent zurück. (sda)

### Hilfe gesucht

Claudia und Jürg Messerli mit ihren sechs Kindern bewirtschaften einen Bauernhof in Oberbütschel in der Nähe von Worb im Kanton Bern. Claudia ist eine aufgestellte, fröhliche Bäuerin. Sie sucht dringend eine Frau aus der Umgebung, die ihr ein-, zweimal pro Woche im Haushalt etwas helfen könnte.

### Impressum:

Erscheinungsweise: monatlich  
Jahresabonnement: Fr. 20.–  
Spendenkonto PC 80-33443-1  
Redaktion dieser Ausgabe:  
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,  
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76  
E-Mail: kaufmanns@livenet.ch  
Hilfesuche betreffend Familien in Not sind zu richten an:  
Franziska Wyss, Pilatusblick 24,  
6015 Reussbühl, Telefon 041 340 04 52  
Adressänderungen bitte an den Verlag:  
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»  
Postfach 4053, 8021 Zürich

### Jugend und Familie-Vortragsreihe:

Lic. theol. Beat Schmid, sechsfacher Vater und Hausmann, spricht zum Thema:

#### «Wie bewahren wir die intakte Familie in einer schwierigen Zeit?»

Datum: 30. Oktober 2009, 20.00 Uhr  
Ort: Zwysyghaus, Alberich-Zwysyig-Strasse 78, Wettingen  
Eintritt: frei

Beat Schmid kommt gerne auch in Ihre Gemeinde, Ihren Hauskreis, Ihre Pfarrei!  
Melden Sie sich einfach bei uns